

Große Gefahren gehen dabei vor allem von den rechts- und linksextremistischen Kräften im Operationsgebiet aus. Es dürfen aber auch keine Zweifel darüber bestehen, daß - wie durch die Praxis bereits bestätigt - auch mit Terrorverbrechen durch Bürger der DDR gerechnet werden muß, vor allem durch solche, die eine ausgeprägte staatsfeindliche Einstellung haben oder bereits wegen Staats- und Gewaltverbrechen vorbestraft sind, die zu Gewalttätigkeiten neigen oder aus anderen Motiven heraus dazu bereit und fähig sind, bis hin zu Geistesgestörten.

Das Ziel muß es daher sein, unter allen Lagebedingungen jedes Terrorverbrechen, jedes Attentat, jeden Terroristischen Anschlag, jede Entführung und Geiselnahme u. a. Gewaltakte bereits in der Planung und Vorbereitung zu erkennen und durch geeignete politisch-operative Maßnahmen sofort und wirkungsvoll zu unterbinden.

Das erfordert, jedes Anzeichen und jeden Hinweis - auch die geringsten und unüberprüften - auf angedrohte, vorbereitete, versuchte oder durchgeführte terroristische Anschläge und andere Gewaltakte, auf anonyme und pseudonyme mündliche (telefonische) oder auch schriftliche Gewaltandrohungen usw. rechtzeitig zu erkennen, gründlich und kurzfristig zu prüfen und zu klären. Es kann und darf nicht zugelassen werden, daß durch derartige Vorkommnisse